

Verlegt von der Sächsischen Volkszeitung, Druck- und Verlagsanstalt, in Dresden, Neustadt 11, Postfach 1111. Verantwortlich: Dr. G. Tiedge, Dresden.

Verlagsort: Dresden. Einzelhefte: 10 Pf. Abonnement: 300 Pf. (vierteljährlich) 1000 Pf. (jährlich) 3000 Pf. (drei Jahre) 8000 Pf. (vier Jahre) 12000 Pf. (fünf Jahre) 15000 Pf. (sechs Jahre) 18000 Pf. (sieben Jahre) 21000 Pf. (acht Jahre) 24000 Pf. (neun Jahre) 27000 Pf. (zehn Jahre). Ausland: 50% Zuschlag.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden-Neustadt 11, Postfach 1111, und 10002.

Der Beginn der Aussprache

Der Reichstag unter dem Eindruck der Programm-Rede des Kanzlers

Mehrheit sicher?

Berlin, 14. Oktober.

Der Reichstag beginnt heute schon um 12 Uhr mittags seine Sitzung, um in die Aussprache über die Regierungserklärung einzutreten. — Nach der Fraktionsführer wird zuerst der sozialdemokratische Fraktionsführer Dr. Treusch über das Wort nehmen. Dann folgt die Rede des nationalsozialistischen Führers Dr. Frick und dann die des kommunistischen Abg. Klemme. Jede Fraktion hat eine Redezeit von drei Stunden. Bei voller Ausnutzung würde die gesamte Aussprache etwa 33 Stunden dauern müssen. Man nimmt an, daß nicht alle Parteien 3 Redner vorschicken werden, so daß in dieser Woche noch die entscheidenden Abstimmungen stattfinden können.

Für das Zentrum ist als Redner der Vorsitzende der Partei Abg. Brüning vorgesehen. Sollte sich im Laufe der Debatte die Notwendigkeit ergeben, noch einen zweiten Redner vorzuschicken, dann wird für das Zentrum der Abg. Jäger das Wort nehmen. — Von den Sozialdemokraten dürfte neben Treusch der Abgeordnete Kaufmann sprechen, von der Deutschen Volkspartei Dr. Dingeldey, für die Wirtschaftspartei Wollath, für die Bayerische Volkspartei Dr. Reich, für die Staatspartei Dr. Weber, für das Landvolk Dr. Grottel, für die Christlichsozialen Gimpelbinder.

Mit der Beratung sind einschließlich der inzwischen eingegangenen sozialdemokratischen Anträge schon jetzt etwa 150 Anträge verbunden, die Abänderungen der Regierungserklärung und andere Maßnahmen auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens umfassen. Ueber das Schicksal dieser Anträge ist noch keine Entscheidung getroffen; sie werden größtenteils der Ausschussberatung überwiesen werden müssen. Nichtausgenommen sind von den Kommunisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten vor.

Vor der Plenarsitzung sind die Fraktionen der Wirtschaftspartei, des Landvolks und der Christlichsozialen zusammengetreten, um die Verhandlungen über ihre Stellungnahme zu den Mißtrauensanträgen fortzusetzen.

Die Aussichten für die Regierung, eine Mehrheit im Reichstag zu erhalten, werden jetzt als gut angesehen. Die Rede des Kanzlers hat einen starken Eindruck gemacht, vor allem auf die kleineren Gruppen auf dem rechten Flügel der Regierung.

front, auf die es ankommt. Die Wirtschaftspartei hat beschlossen, auf Grund der Erklärung des Kanzlers mit ihm Fühlung hinsichtlich einzelner Abänderungen der letzten Notverordnung zu nehmen, die die Wirtschaftspartei wünscht. Auf Grund der Rücküberlegung des Kanzlers will die Wirtschaftspartei dann geschlossene Stellung nehmen. Es wird damit gerechnet, daß die Wirtschaftspartei auf Grund dieser Verhandlungen für Brüning eintreten wird. — Die Reaktion der Deutschen Volkspartei wird bestimmt nicht geschlossen der Parole des Parteiführers Dingeldey folgen. Mindestens ein Drittel der Fraktion wird für Brüning stimmen. — Wehnlich liegen die Verhältnisse bei der Landvolk-Fraktion, die gestern bis in die späte Nacht getagt hat. Hier sind die Auseinandersetzungen besonders heftig. Man nimmt aber an, daß die Mehrzahl der Landvolk-Abgeordneten sich schließlich für Brüning entscheiden wird. Geht die Entwicklung, wie auf Grund des Eindruckes der gestrigen Rede des Kanzlers angenommen werden darf, in dieser Richtung, dann ist damit zu rechnen, daß die Abstimmungen am Ende der Woche eine sichere Mehrheit für Dr. Brüning im Reichstag ergeben werden.

SPD. gegen Mißtrauensantrag

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in einer am Dienstag nach Schluß der Vollziehung abgehaltenen Besprechung ohne Aussprache beschlossen, die gegen das Kabinett Brüning vorliegenden Mißtrauensanträge abzulehnen. Die Rede des Reichskanzlers habe keinen Anlaß gegeben, die politische Lage jetzt anders zu beurteilen. Damit wolle die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verhindern, daß durch eine neue Instanz die Gewerbetreibenden und kleinen Sparar noch einmal enteignet werden, und daß die Existenz der arbeitenden Massen vernichtet werde.

Schlange-Schönungen wird Osthilfe-Kommissar

Berlin, 14. Oktober. Wie wir erfahren, ist damit zu rechnen, daß der Reichstagsabgeordnete Schlange-Schönungen mit der Leitung der Osthilfe betraut wird. Schlange-Schönungen ist von Haus aus Landwirt; er ist eines der bekanntesten Mitglieder der Landvolkspartei. Die Leitung des Siedlungsverbandes dürfte vorläufig in den Händen von Reichsminister Treutmann bleiben.

Eine mutige Rede

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

W. G. Nach halbjähriger Tagungspause, die eine zwangsläufige Folge seiner unzureichenden Arbeitsfähigkeit und ein Gebot politischer Klugheit war, ist der Reichstag nun wieder für einige Tage versammelt. Auch die Abgeordneten der „nationalen Opposition“ sind wieder anwesend, die zu Beginn des Jahres mit einer verlegenen Seite des Jorns über die eigene Unzulänglichkeit den Reichstag verlassen hatten. Ihre Anwesenheit bezog sich gestern allerdings nur auf die Wandelhalle. Außer einigen Hochposten haben sie den Plenarsaal streng gemieden, in den sie hier und da, von unbegreiflicher Neugier getrieben, durch den Türspalt einen Blick warfen. Offenbar haben die deutschnationale und die nationalsozialistische Fraktion einen Beschluß gefaßt, der es ihren Mitgliedern verbietet, andere Redner als die ihrer eigenen Fraktionen anzuhören. Das mag aus der Sorge geschehen sein, daß eine Reihe ihrer Mitglieder vielleicht doch noch über soviel gesunden Menschenverstand verfügten, daß sie gegenüber der Sprache der Vernunft und der Verantwortung für nicht genügend immun gehalten werden. Die Sabotage des Parlaments und der Regierungsbearbeitung, die die „nationale Opposition“ damals mit ihrem Exil zu erziehen wählte, ist ihr nicht geglückt. Nach einem großen Trommelfeuer der Agitation, mit dem sie anscheinend die Nerven einiger schwankender und ängstlicher Gemüter in ihrer mittelparteilichen Nachbarschaft etwas zermürben konnte, kehrt sie nun zurück, um mit diesem kleinen Zuwachs einen neuen Sturm auf die staatliche Macht zu versuchen.

Es ist also nicht mehr ganz der alte Reichstag, der sich gestern versammelt hat. Seine Atmosphäre ist etwas anders geworden, die Kampffronten haben sich leicht verschoben, und die Entscheidungen, vor denen er steht, haben mit den gewaltigen wirtschaftlichen Veränderungen draußen in der Welt sachlich und politisch größere Dimensionen angenommen; ja, sie sind im Begriffe, für den weiteren Weg des deutschen Volkes geschichtliche Bedeutung zu erlangen. Dem in seiner Atmosphäre irgendwie veränderten Reichstag stand gestern auch ein verändertes Kabinett gegenüber. Die neue Reichsregierung hat vollzählig an der Regierungsbank Platz genommen. Am Eckplatz sitzt Reichskanzler Brüning, neben ihm Vizekanzler Dietrich, die Minister Groener, Schädel, Stegerwald, Schiele, Treutmann und die neuen Kabinettsmitglieder Joel und Warmbold. Alle Tribünen sind überfüllt, besonders fällt der starke Besuch der Diplomatenloge auf. Große Spannung liegt über dem Reichstag, der in einer der schwersten Stunden der deutschen Geschichte dazu berufen ist, einer zielbewußten Aufbauarbeit der Vernunft, die im deutschen Volke trotz allem noch immer die Mehrheit hat, weiter den Weg freizuhalten.

Nach kurzer Erledigung der üblichen geschäftsordnungsmäßigen Angelegenheiten verliert Reichskanzler Dr. Brüning mit seiner Stimme die Regierungserklärung des neuen Kabinetts. Sie erteilt in großen Zügen die wichtigsten Ziele, die das Reichskabinett mit seiner Arbeit verfolgt. Die Außenpolitik, deren Leitung der Reichskanzler persönlich in die Hand genommen hat, soll im Geiste der internationalen Besprechungen, die während der letzten Monate in Chequers, Paris, Rom und Berlin erfolgten, fortgeführt werden mit dem Ziele, in dieser ungeheuren Krise der Welt zu einer wirksamen internationalen Zusammenarbeit zu gelangen. Der gegenwärtigen Lage Deutschlands entsprechend nehmen die wirtschaftspolitischen Darlegungen der Regierungserklärung einen breiten Raum ein. Im Vordergrund steht die Aufgabe, die deutschen Verhältnisse der weltwirtschaftlichen Entwicklung elastisch anzupassen. In diese notwendige Aufgabe sind die einzelnen Maßnahmen eingeordnet, die das in Aussicht gestellte Wirtschaftsprogramm zur Durchführung bringen soll. Als erste Voraussetzung dieses Programms bezeichnet der Kanzler unter stürmischer Zustimmung die absolute Stabilität unserer Währung. Zu dem Wirtschaftsprogramm gehören weiter die planvolle Tilgung der kurzfristigen Schulden, die endgültige Lösung der Reparationsfrage, die Verringerung der Selbstkosten und der Ausgaben der öffentlichen Hand — Ausgaben, die von dem Kanzler seit Beginn seiner Tätigkeit trotz größter Schwierigkeiten und unerwarteter Hemmnisse unentwegt verfolgt werden. Hinsichtlich der Sozialpolitik fordert die Regierungserklärung die Anpassung an die wirtschaftlichen Gegebenheiten. Unter absoluter Aufrechterhaltung des Prinzips des Tarifbandens wird eine größere Elastizität angefordert unserer wirtschaftlichen Entwicklung als notwendig bezeichnet. Gemeinsam und unter eigener Verantwortung sollten Arbeitgeber und Arbeitnehmer mühselig ohne Einmischung des Staates ihre

Briefwechsel Hindenburg — Brüning

Der Reichspräsident übernimmt den Vorsitz im Wirtschaftsbeirat

Ein Beweis des Vertrauens

Berlin, 14. Oktober.

Reichspräsident von Hindenburg hat am Dienstag an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem er sich bereit erklärt, in den gemeinsamen Sitzungen der Reichsregierung und der Wirtschaftsvertreter den Vorsitz zu übernehmen, soweit allgemeine grundlegende Fragen zur Erörterung liegen.

Der Brief des Reichspräsidenten hat folgenden Wortlaut: Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Die Wirtschaftskrise, die sich in der ganzen Welt fortwährend verschärft, weist der Reichsregierung die schwere Aufgabe, ein wirtschaftlich wirksames und sozial gerechtes Wirtschaftsprogramm aufzustellen und durchzuführen. In tatkräftiger Fortführung bereits getroffener Maßnahmen müssen grundlegende Entschlüsse gefaßt werden, um die Arbeitslosigkeit zu mindern, die Produktionskosten zu verringern und die Lebenshaltungskosten herabzusetzen. Es erscheint mir geboten, zur abschließenden Begutachtung dieser für unser Volk lebenswichtigen Fragen einen kleinen Kreis führender Sachverständiger aus den verschiedenen Zweigen des wirtschaftlichen Lebens, auch Vertreter der Arbeitnehmer, als Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung einzusetzen.

der mit ihr zusammen das gesamte Gebiet der wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme berät, mit dem Ziel, zu einheitlichen Beschlüssen zu gelangen. Ich hoffe und vertraue, daß in einer engen Zusammenarbeit zwischen der Reichsregierung und diesem Wirtschaftsbeirat Wege gefunden werden, die das deutsche Volk im einmütigen Zusammenleben und Zusammenwirken aus der schweren Wirtschaftskrise herausführen werden. Ich bin bereit, in den gemeinsamen Sitzungen der Reichsregierung und der Wirtschaftsvertreter persönlich den Vorsitz zu übernehmen, soweit allgemeine grundlegende Fragen zur Erörterung liegen. Ihren baldigen Vorschlägen für die Zusammenfassung

dieses Wirtschaftsbeirates, den ich alsdann zusammenberufen werde, sehe ich entgegen und bin mit freundlichen Grüßen, ges. v. Hindenburg.

Der Reichskanzler hat am gleichen Tage dem Herrn Reichspräsidenten mit folgendem Schreiben geantwortet: „Hochgeehrter Herr Reichspräsident!

Auch nach meiner Überzeugung läßt es die gesamte Wirtschaftslage geboten erscheinen, daß die Reichsregierung nunmehr die großen und entscheidenden Gesamtprobleme des Wirtschaftslebens mit führenden Sachverständigen des wirtschaftlichen Lebens, darunter auch Vertretern der Arbeitnehmer, berät und einer baldigen Lösung zuführt. Darum werde ich, Ihrem heutigen Schreiben entsprechend, mit aller Beschleunigung Vorschläge geeigneter Persönlichkeiten unterbreiten, mit der Bitte, sie sobald in den Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung berufen zu wollen. Dabei gehe ich auch davon aus, daß der Kreis der Mitglieder des Wirtschaftsbeirates so eng wie möglich gestaltet wird, damit die Verhandlungen ausreichend vertieft und beschleunigt werden können. Bisher wird es nützlich sein, für Einzelfragen besonders geeignete Sachverständige zu den Beratungen anzusetzen.

Mit besonderem Dank begrüße ich Ihre Entschlieung, daß Sie das große Vertrauen, das Ihre Persönlichkeit in allen Schichten des deutschen Volkes genießt, einleihen wollen für eine rasche und ergebnisreiche Durchführung der Beratungen und daß Sie deswegen bereit sind, in ihnen den Vorsitz zu übernehmen, soweit allgemeine grundlegende Fragen zur Erörterung liegen werden. In aufrichtiger Verehrung bin ich, hochgeehrter Herr Reichspräsident, Ihr in Treue ergebener ges. Dr. Brüning.

In diesem Briefwechsel darf eine bewusste Stärkung der Autorität des Reichskanzlers durch den Reichspräsidenten erachtet werden. Für die Abstimmungen im Reichstag wird das nicht ohne Einfluß sein.

Die heutige Nummer enthält die Beilage „Unterhaltung und Wissen“.